

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Anna Lührmann, Anja Hajduk, Alexander Bonde
...(weitere Abgeordnete)... und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

**zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)
Einzelplan 16**

- Drucksache 16/6000

Grünen Klimaschutzhaushalt jetzt umsetzen

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel ist die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit: Der Handlungsdruck ist enorm. Der Weltklimarat hat dies Mitte November noch einmal bestätigt. Er zeigt ungeschminkt, vor welcher Bedrohung die Welt durch den Klimawandel steht. Die Erde wird sich um bis zu sechs Grad erwärmen, wenn die Menschheit nicht umsteuert. Mit geeigneten Instrumenten kann es gelingen, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 um mindestens die Hälfte gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren.

Auch Angela Merkel hat die EU Ratspräsidentschaft und ihre Kabinettsklausur in Meseberg unter dieses Motto gestellt. Doch leider bedeuten die vielen Lippenbekenntnisse der Bundeskanzlerin nicht, dass sich wirklich etwas konkret in die richtige Richtung ändert. Denn trotz vollmundiger Ankündigungen in Meseberg haben die Koalitionsfraktionen keine zusätzlichen Mittel für Klimaschutz in den Haushaltsberatungen bereitgestellt. Im Gegenteil, in der Bereinigungssitzung wurden 75% des 400 Mio. Klimaschutzprogramms bis auf weiteres gesperrt. Damit ist klar, dass die Klimaschutzpolitik der Regierung viel heiße Luft statt konkreter Taten bedeutet.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN haben in den Haushaltsberatungen gezeigt, wie substanzieller Klimaschutz konkret aussehen kann. Dafür braucht es einen Klimaschutzhaushalt mit 2,9 Mrd Mehrausgaben, der durch die Erlöse des Emissionshandels und Kürzungen bei umweltschädlichen Subventionen in der Höhe von 5,3 Mrd EUR mehr als gegenfinanziert ist. In sieben Bereichen Stromsparfonds, ökologische Beschaffung, Forschung für Klimaschutz, klimafreundliche Mobilität und Wohnen, ökologische Landwirtschaft, klimafreundliche Energie und Internationale Zusammenarbeit wird Klimaschutz im Haushalt deutlich stärker verankert. Mit dem Grünen Klimaschutzhaushalt können mindestens 33,5 Mio. Tonnen mehr CO₂ als die Bundesregierung einsparen. Das entspricht dem jährlichen Ausstoß von mindestens fünf Kohlekraftwerken. In den Jahren bis 2011 (Finanzplanungszeitraum) werden mind. 11,6

Mrd. mehr verausgabt, ökologisch schädliche Subventionen von insgesamt 27,9 Mrd. Euro abgebaut und ein Finanzvolumen von rund 39,5 Mrd. Euro umgeschichtet.

AUSGABEN	2008	2009	2010	2011	Ziel: CO ₂ -Einsparungen 2011
	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	in Mio. t
Stromsparfonds	1.000	1.000	1.000	1.000	17,0
Ökologische Beschaffung	110	105	10	20	0,5
Klima – Forschungsoffensive	263	250	250	250	nicht quantifizierbar
Mobilität und Wohnen – klimafreundlich	860	900	500	700	7,5
Klimafreundliche Energieerzeugung und – verbreitung	249	300	350	400	5
Ökologische Landwirtschaft	206	325	325	325	1
Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz	223	225	225	225	nicht quantifizierbar
SUMME AUSGABEN	2.911	3.105	2.660	2.920	31

EINNAHMEN/EINSPARUNGEN	2008	2009	2010	2011	CO ₂
	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	Euro in Mio.	in Mio. t
Abbau der Ausnahmen der Ökosteuer	1.689	3.244	4.714	4.714	nicht quantifizierbar
Absenkung der Zuschüsse für die Steinkohle	711	200	200	200	nicht quantifizierbar
Abbau der Begünstigungen des Luftverkehrs	895	895	895	895	2,5
Emissionshandel	900	900	900	900	nicht quantifizierbar
Mauteinnahmen	1.055	1.250	1.250	1.500	siehe Mobilität
SUMME EINNAHMEN/EINSPARUNGEN	5.250	6.489	7.959	8.209	2,5

SUMME EINNAHMEN – AUSGABEN	2.339	3.609	5.299	5.289	33,5
-----------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------

Der Deutsche Bundestag beschließt:

Der grüne Stromsparfonds

Es wird einen Stromsparfonds von jährlich 1 Mrd. Euro und insgesamt 4 Mrd. Euro aufgelegt, mit dem in Stromeinsparung und Energieeffizienz investiert wird. Der Fonds soll u.a. aus den Erlösen künftiger Auktionen beim Emissionshandel finanziert werden. Mit ihm werden diverse Aktivitäten zur Stromeinsparung finanziert: z.B. Energieprämien für den Kauf von Bestgeräten (z.B. Kühl- und Gefriergeräte, Waschmaschinen), der Ersatz von "stromfressenden" Nachtspeicherheizungen oder die Kampagne "grünes Licht" für Energiesparlampen. Richtig ausgestattet kann er zu Einsparungen von 32 TWh bzw. 17 Mio. t CO₂ führen.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungsentwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
16	02	00	68323	Stromsparfonds	0	1.000.000	1.000.000
Summe						1.000.000	

Ökoeffiziente öffentliche Beschaffung durchsetzen!

Staatliche Stellen üben in Deutschland eine erhebliche Marktmacht aus. Jedes Jahr gibt der Bund etwa 60 Milliarden Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen, Energie, Kantinenverpflegung, Bauleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien usw. aus. Diese Kaufkraft soll auf umweltgerechte Waren und Dienstleistungen ausgerichtet werden. Damit werden nicht mehr nur wirtschaftliche Aspekte eine Vergabeentscheidung beeinflussen – das Leitbild des nachhaltigen Konsums wird ebenfalls zum Kriterium.

- Dem Bundestag ist eine für alle Ministerien und nachgeordneten Verwaltungseinheiten verbindliche Richtlinie zur Beschlussfassung vorzulegen, welche die öffentliche Beschaffung auf ökologische Nachhaltigkeitskriterien festlegt und eine stärkere Berücksichtigung der Lebenszykluskosten von Produkten vorschreibt. Durch die systematische Betrachtung der Kosten, die ein Produkt von der Anschaffung über die Nutzung zu einer Entsorgung verursachte, können deutliche Einsparungen realisiert und die Umwelt geschont werden.
- Bei Neuanschaffungen von Dienstwagen für den Deutschen Bundestag und die Ministerien und Bundesbehörden ist im Mittel ein Wert von 140g CO₂/km einzuhalten, ab 2012 von 120g CO₂/km. Allein beim Deutschen Bundestag würde dies zu Minderausgaben in Höhe von 110.000 Euro führen (Einzelplan 02, Kapitel 01, Titel 51401 und 51801)
- Die nachhaltige Gebäudesanierung von Bundesbauten wird intensiviert. Es werden zusätzliche 110 Mio Euro zur Verfügung gestellt. (Einzelplan 12, Kapitel 27, Titelgruppe 01, Titel 72011)

Ökologisch schädliche Subventionen abbauen!

Die Listen der größten Steuervergünstigungen und Finanzhilfen werden noch immer von ökologisch schädlichen Ausgaben angeführt. So subventioniert der Staat den Absatz von Steinkohle, begünstigt Unternehmen bei der Stromsteuer, befreit Mineralölhersteller von Steuern und erlässt bei grenzüberschreitenden Flügen die Mehrwertsteuer. Wer es ernst meint mit Klimaschutz, muss hier umsteuern.

Steuerausnahmen und Abgabenbefreiung darf es für umweltschädliches Verhalten nicht mehr geben – die Preise müssen ökologisch gerecht die externen Effekte des Wirtschaftens abbilden. Deshalb wird die ökologische Finanzreform fortgeführt und eine Vielzahl ökologisch kontraproduktiver Subventionen abgeschafft. Sie sind nicht nur ökologisch schädlich, sondern auch fiskalisch falsch, ökonomisch fragwürdig und wettbewerbsverzerrend. Für eine nachhaltige Umwelt- und Haushaltspolitik ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen auf allen Ebenen unverzichtbar. Steuerliche Vorteile der Atomwirtschaft müssen überprüft werden.

	Abzubauenende Steuervergünstigungen und Finanzhilfen	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €
ABBAU DER AUSNAHMEN VON DER ÖKOSTEUER	Abbau der Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird (§ 9 Abs. 3 StromStG)	615	1.230	1.850	1.850
	Abbau der Steuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die durch die Stromsteuer erheblich belastet sind (§ 10 StromStG)	570	1.140	1.700	1.700
	Abbau der Vergünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft und für Stromversorger (alt: § 25 MinöStG – neu: § 54 EnergieStG)	110	220	330	330
	Abbau der Steuerbefreiung der bei der Mineralölherstellung zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendeten Mineralöle (alt: § 4 MinöStG – neu: § 44 EnergieStG)	130	260	400	400
	Abbau der Steuerbegünstigung für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die durch die Erhöhung der Steuersätze erheblich belastet sind (alt: § 25a MinöStG – neu: § 55 EnergieStG)	65	130	170	170
	Abbau der Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardiesel) (alt: § 25b MinöStG – neu: § 57 EnergieStG)	135	135	135	135
	Abbau der Steuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt (§ 27 Abs. 1 EnergieStG)	64	129	129	129
	ABSENKUNG DER ZUSCHÜSSE FÜR DIE STEINKOHLE	Beschleunigtes Auslaufen der Steinkohlesubventionen (Ausstieg 2012)	Zwischen 2015 und 2018 ca. 8 Mrd. Euro		
	Absenkung der Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle auf Grund deutlich gestiegener Weltmarktpreise	232	ca. 200	ca. 200	ca. 200
	Einmalerlöse durch Korrektur der Zuwendungsbescheide 2005 und 2006	479	0	0	0
ABBAU DER BEGÜNSTIGUNGEN	Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge	500	500	500	500
	Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für	395	395	395	395

	Abzubauenende Steuervergünstigungen und Finanzhilfen	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €
DES LUFTVERKEHRS	Luftfahrtbetriebsstoffe (alt: § 4 Abs. 1 Nr. 3 MinöStG – neu: § 27 Abs. 2 EnergieStG)				
STEUERN UND ABGABEN	Steuerliche Besserstellung für Strom aus erneuerbaren Energien und steuerliche Schlechterstellung der anderen Stromformen	Finanzneutral			
EMISSIONSHANDEL	10% Versteigerung der Zertifikate	900	900	900	900
	Summe	4.195	5.239	6.709	6.709

Forschungsinitiative Klimaschutz

Zukunftsfähige Klimaschutzpolitik setzt Anreize für mehr Forschung vor allem im Bereich der nachhaltigen Energieerzeugung, -effizienz und -nutzung., aber auch im Bereich Mobilität. Denn mit der Hilfe von neuen Technologien kann es gelingen, den CO₂-Ausstoß substantziell zu senken.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs Entwurf 2008 in T€	Ver- änderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
12	02	06	89162	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich nationales Forschungsprogramm Hybrid- und Elektromotoren	0	60.000	60.000
12	02	06	53161	Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektplanung	4.000	10.000	14.000
12	02	06	68362	Zuwendungen im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms Hybridantriebe und Elektromotoren	0	30.000	30.000
16	02	00	54401	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	20.831	4.169	25.000
16	02	00	89201	Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	10.351	4.649	15.000
16	02	01	54411	Forschung, Untersuchungen und Ähnliches	6.250	3.750	10.000
16	02	02	68321	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien	53.366	16.634	70.000
16	02	02	68322	Forschung und Entwicklung von angepassten Erneuerbare-Energien-Technologien für Entwicklungs- und Schwellenländer	0	15.000	15.000
16	02	02	89221	Investitionszuschüsse: Erneuerbare Energien	40.000	10.000	50.000
30	02	40	68542	Nachhaltige Energietechnologien und effiziente Energienutzung - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	0	50.000	50.000
30	40	40	68540	Klimaforschung und Lebensraum Erde - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	106.300	58.488	164.788
Summe					262.690		

Klimafreundliche Mobilität und nachhaltig wohnen!

Der Verkehrsbereich ist der bisher vernachlässigte Sektor der Emissionsminderung. Kein anderer Sektor ist so abhängig vom Öl. Durch Verkehrsverlagerung, Verkehrsvermeidung und dem Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energien können große Fortschritte erzielt werden.

Ausgangspunkt für Verkehrsverlagerung ist eine Erhöhung der Maut und die Ausweitung der Maut-Pflicht auf alle LKWs über 3,5t auf allen fernverkehrsrelevanten Straßen. Die zusätzlichen Erlöse von 1,055 Mrd. Euro werden für mehr Investitionen in anderen Verkehrsbereichen genutzt. In den Schienenverkehr werden 500 Mio. Euro zusätzlich investiert, die speziell im Bereich Güterverkehr für den Hafenhinterlandverkehr, für den Ausbau von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs sowie der Errichtung bzw. der Reaktivierung von Gleisanschlüssen benötigt werden. Der Bau von Radwegen sowie die Förderung des Rad- und Fußverkehrs wird mit 34,05 Mio. Euro verstärkt.

Jede Stunde werden 10.000 Quadratmeter asphaltiert und neuer Verkehr induziert, während sich die Bundesfernstraßen teilweise in einem schlechten Zustand befinden. Deshalb werden die Investitionsmittel für neue Bundesfernstraßen gesenkt, während im Gegenzug die Erhaltung der Bundesfernstraßen mit 580 Mio. Euro verstärkt werden. Die Schaffung eines europaweiten technischen Standards für eine City-Maut soll es Städten ermöglichen, diese unkompliziert einzuführen damit ebenfalls zur Verkehrsvermeidung beizutragen.

Mit Hilfe neuer Technologien und erneuerbarer Energien wird der Straßenverkehr den Anforderungen des Klimawandels bestehen. Forschungsprogramme für Hybridantriebe und Elektromotoren, Förderprogramme für Hybridantriebe bei Bussen und Schienenfahrzeugen auf nicht elektrifizierten Strecken sowie ein Marktanreizprogramm für Hybridantriebe und Elektromotoren beim Individualverkehr in Höhe von 155 Mio. Euro werden Technologiefortschritte und Marktdurchdringung voranbringen. Der Wettbewerb „Die 100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“ schaffen Anreize für Kommunen zusätzliche Anreize beim öffentlichen Nahverkehr zu unternehmen.

Ungefähr ein Drittel der Gesamtenergie wird in Gebäuden verbraucht. Dadurch werden 20 Prozent der CO₂-Emissionen verursacht. Über 120 Millionen Tonnen Kohlendioxid entstanden im vergangenen Jahr allein dadurch, dass die meisten Wohnhäuser im Land schlecht isoliert sind und die möglichen passiven Solargewinne nicht nutzen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen müssen unterstützt werden. Vor allem die Forschung nach neuen günstigen, ökologische Baustoffen muss intensiviert werden, sowie die Entwicklung neuer Haus- und Heiztechnik muss vorangetrieben werden. Hierfür werden 25 Mio. Euro bereitgestellt. Die Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Die soziale Stadt) wird um 49,2 Mio. Euro aufgestockt um das Wohnumfeld zu verbessern und unnötigen Verkehr zu verhindern.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs Entwurf 2008 in T€	Veränderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
12	02	00	63201	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplanes (NRVP) - Zuschüsse an Länder	990	4.010	5.000
12	02	00	68601	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) -	2.000	5.500	7.500

				Zuschüsse an Gesellschaften des privaten Rechts			
12	02	00	68610	Konzept "Einführung der bundesweit gültige ÖPNV-Karte"	0	5.000	5.000
12	02	00	68611	Machbarkeitsstudie "Schaffung eines kostenlosen, technischen, europäischen Standards zum Betrieb einer City-Maut"	0	5.000	5.000
12	02	04	89241	Baukostenzuschüsse an private Unternehmen für Investitionen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs	52.024	97.976	150.000
12	02	04	89242	Investitionszuschüsse an private Unternehmen zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	32.000	8.000	40.000
12	02	05	53251	Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private	702.000	98.000	800.000
12	02	05	68452	Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms zur Förderung von nachhaltigen Antrieben im LKW-Verkehr	0	25.000	25.000
12	02	05	89151	Zuschüsse für Investitionen in den Neu- und Ausbau der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	984.372	-684.372	300.000
12	02	05	89152	Zuschüsse für Bestands- und Ersatzinvestitionen in Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	1.150.000	1.150.000
12	02	06	68371	Förderung von Hybridtechnik bei Bussen und Schienenfahrzeugen auf nicht elektrifizierten Strecken	0	25.000	25.000
12	02	08	68302	Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Programms für eine fußgängerfreundliche Stadt	0	7.500	7.500
12	02	08	68501	Zuschüsse an die Stiftung "FahrRad"	0	15.000	15.000
12	02	08	78401	Förderung der Umsetzung der Maßnahmen des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP)	0	2.500	2.500
12	02	06	68661	Marktanreizprogramm für alternative Antriebe (Hybrid, Plug-In-Hybrid)	0	50.000	50.000
12	02	00	632 03	Wettbewerb: "100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV"	0	50.000	50.000
12	10	01	74622	Bau von Radwegen einschließlich Erhaltung (Bundesstraßen)	80.000	40.000	120.000
12	22	00	89101	Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	2.118.782	-1.718.782	400.000
12	22	00	86102	Darlehen für Investitionen in den Neu- und Ausbau der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	500.000	500.000
12	22	00	89103	Baukostenzuschüsse für Bestands- und Ersatzinvestitionen in Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	1.000.000	1.000.000
12	22	00	89201	Baukostenzuschüsse für Bestands- und Ersatzinvestitionen in nichtbundeseigene Schienenwege	0	100.000	100.000
12	25	01	88214	Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem	90.757	49.243	140.000

				Entwicklungsbedarf (Die soziale Stadt)			
12	25	00	68361	Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Innovationsprogramms „Nachhaltig Wohnen“	0	25.000	25.000
				Summe	859.575		

Klimafreundliche Energieerzeugung und –verbreitung

In den nächsten Jahren werden altersbedingt und durch den Atomausstieg viele Kraftwerke abgeschaltet. Für den Klimaschutz und die Volkswirtschaft ist es notwendig, die abgeschalteten Kraftwerke durch erneuerbare Energien zu ersetzen und Strom intelligenter zu nutzen bzw. einzusparen. Das Marktanreizprogramm stellt das einzige Förderinstrument der Bundesregierung zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich dar. Dem Marktanreizprogramm muss als kräftiges Innovationsprogramm die Rolle zukommen, Technologien der nächsten Generation zur Marktreife zu führen. Es darf nicht allein auf den Wärmebereich beschränkt bleiben, sondern muss auch für erneuerbare Ansätze aus dem Bereich Stromerzeugung und Verkehr offen sein. Deshalb wollen wir u.a. das Marktanreizprogramm zu einem Markteinführungsprogramm umgestalten und es jährlich um mehr als 200 Mio. Euro aufstocken.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs Entwurf 2008 in T€	Ver- änderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
09	02	05	68635	Unterstützung des Exportes in den bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz	15.500	3.000	18.500
16	02	02	68624	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	168.833	231.167	400.000
16	02	00	89201	Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	10.351	4.649	15.000
16	02	02	89221	Investitionszuschüsse: Erneuerbare Energien	40.000	10.000	50.000
				Summe	248.816		

Ökologisierung der Landwirtschaft

Weltweit betrachtet ist die Landwirtschaft einer der Hauptverursacher für Treibhausgas-Emissionen. Vor allem bei Lachgas und Methan, zwei Gasen mit einem wesentlich höheren Treibhausgaspotential als CO₂, gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten. Allerdings spielt die Landwirtschaft nicht nur als Emittent eine Rolle beim Klimawandel, sondern hat auch ein riesiges Potential der Atmosphäre CO₂ zu entziehen. Dieses Potential wollen wir uns zu Nutze machen und fordern ein klimapolitisches Umdenken in der Agrarpolitik. Der Klimaschutz muss ein zentrales Element besonders der deutschen, der europäischen, aber auch der internationalen Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik werden. Ein Weg hierzu ist der ökologische Landbau, der, wie eine Vielzahl von Studien belegen, zwei- dreimal weniger Treibhauspotential verursacht als die konventionelle Landwirtschaft. National unterstützen wir durch Haushaltsanträge den ökologischen Landbau, setzen uns aber

zusätzlich für eine Ausweitung ein durch die Stärkung und Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Sie bilden eine wichtige Ressource um konsequente und umweltfreundliche Förderung der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Rohstoffe zu erschließen. Wir setzen dabei auf die Stärkung der II. Säule der Landwirtschaftsförderung, aus der Agrar-Umweltprogramme u.ä. gezielt gefördert werden. Unsere Haushaltsanträge tragen dazu bei, das Naturerbe national, wie international zu schützen und die nötigen Entwicklungen weiter voran zu treiben.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs Entwurf 2008 in T€	Ver- änderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
10	02	00	686 20	Bundesförderprogramm „Energiewende in Gewächshäusern“	0	5.000	5.000
10	02	00	686 19	Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus	10.000	6.000	16.000
10	03	01		Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	615.000	195.000	810.000
Summe					206.000		

Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz

Die ärmsten Länder der Welt sind den Folgen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt. Länder mit schwacher Staatlichkeit sind nur schwer in der Lage die notwendigen Transformations- und Adaptionsprozesse aus eigener Kraft zu leisten. Ohne Unterstützung beim Aufbau guter Regierungsführung und ohne Zugang zu umweltfreundlichem Know-How sind weitere Abkopplungen von Wohlstand, Armut und zusätzliche Sicherheitsrisiken durch zerfallende Staaten in armen Regionen dieser Welt vorprogrammiert.

Gleichzeitig ist es im globalen Interesse, dass Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihrem wirtschaftlichen Aufholprozess nicht die gleichen Klimasünden begehen, wie die Industrieländer. Bündnis 90/Die Grünen stehen deshalb ausdrücklich dazu, 0,7 % des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) zur Verfügung zu stellen.

Mit unseren Haushaltsanträgen erhöhen wir die ODA- Ausgaben beim Auswärtigen Amt (AA) und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um 250 Mio Euro, die wir durch die Einführung einer ökologisch sinnvollen Flugticket-Abgabe (Ticket Tax) nach französischem Vorbild finanzieren. Mit diesen Anträgen machen wir die Unterstützung beim Klimaschutz zu einem Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Einzelplan	Kapitel	Titelgruppe	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs Entwurf 2008 in T€	Ver- änderung in T€	Ziel HH 2008 in T€
16	02		89605	Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland	0	140.000	140.000
23	02		68701	Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	313.286	10.500	323.786
23	02		89603	Bilaterale Technische Zusammenarbeit	710.000	39.000	749.000
23	02		86601	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit	1.425.163	33.000	1.458.163
				Summe	222.500		

Berlin, den 28. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion